



Prof. Ulf Seiler

**Fraktion der
Alternative für Deutschland
im Kreistag des Landkreises
Darmstadt-Dieburg**

Kreishaus Darmstadt
Jägertorstraße 207
64289 Darmstadt

eMail: ulf.seiler@afd-hessen.de

Darmstadt, 8. April 2019

Prof. Ulf Seiler

**Rede zu TOP 17 „Den Landkreis Darmstadt-Dieburg
symbolisch zu einem sicheren Hafen machen“**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich glaube, wir sind uns alle einig, dass Menschen in Seenot gerettet werden müssen. Und wir sind uns auch einig, dass den Menschen nach Kräften geholfen werden muss, die in schlimmen Lebensumständen leben, also Krieg, Bürgerkrieg oder Armut.

Was der Antrag der Linken und der Änderungsantrag der Koalition aber offenbaren, ist ein völlig kurzsichtiger Lösungsansatz, mit dem so schon seit Jahren am Symptom herumgedoktert wird, ohne die eigentlichen Wurzeln anzugehen.

Das Symptom ist, dass sich Menschen aus Afrika nach Europa aufmachen und dabei oft auf dem Mittelmeer in Seenot geraten. Wobei dazu gesagt werden muss, dass sehr viele nicht aus Versehen in Seenot geraten, sondern dass skrupellose Schleuser die Menschen für teures Geld in seeuntüchtige Boote setzen und so die Seenot geradezu provozieren. Und der kurzsichtige Lösungsversuch von gutmeinenden Rettern ist es, die Menschen aufzunehmen und nach Europa zu bringen.

Damit wird aber das eigentliche Problem in keinster Weise gelöst. Es wird keiner ernsthaft glauben können, dass alle Menschen in Europa aufgenommen werden können, die in Afrika in Not sind. Was ist denn, wenn wir noch eine weitere Million aufgenommen haben? Oder zwei, oder drei oder zehn Millionen? Was ist das im Vergleich zu der

riesigen Zahl von Menschen, die dann immer noch in Armut oder Bürgerkrieg oder unter Terrorismus leben?

Wir hätten damit nur erreicht, dass zig Milliarden Euro für die teure Versorgung hier in Deutschland oder Europa gebunden sind, die vor Ort einem Vielfachen von Menschen hätten helfen können. Ganz abgesehen von den sozialen Verwerfungen und der ja schon jetzt nicht mehr in den Griff zu bekommenden Wohnungsnot.

Nein, nach unserer Überzeugung muss man das Problem ganz anders angehen. Dazu gehört als erster Schritt, dass das kriminelle Schlepperwesen unterbunden und nicht durch leichtfertiges Mitmachen gefördert wird. Und dazu gehört neben gezielter, finanzieller und praktischer Hilfe auch eine ganz andere, partnerschaftliche Wirtschaftspolitik den betroffenen Ländern gegenüber.

Dem Antrag der Linken können wir daher nicht zustimmen. Und auf keinen Fall werden wir dem Änderungsantrag der Koalition zustimmen, an der Initiative „Seebrücke“ teilzunehmen, die mit ihrem kurzsichtigen Aktionismus genau den Schleppern in die Hände arbeitet und damit die Not der Menschen in Afrika befördert.

Der Änderungsantrag der CDU ist typisch CDU: Es werden unverbindliche Selbstverständlichkeiten aufgeführt, die aber zu keiner konkreten Konsequenz führen. Deshalb kann man ihm auch ohne Konsequenzen zustimmen.